

Trump, Russland und Co.

Die Welt in Unordnung



Wie geht es weiter?

Quelle: Unsplash/ Hunter Scott

Frieden in Europa, Hilfe für die Ärmsten, Zusammenhalt des Westens – auf nichts scheint mehr Verlass. Die Weltordnung verschiebt sich. Woran liegt das? Und welche Rolle spielen Christen dabei? Gedanken von Anna Lutz und Nicolai Franz.

Am 2. Mai 2025 hat der Evangelische Kirchentag in Deutschland mit seiner eigenen Geschichte gebrochen. Eigentlich war alles wie sonst. Die Kirchentagsbesucher haben die Stadt Hannover in Beschlag genommen, Pfadfinder weisen den Weg. Und an vielen Orten geht es vor allem um ein Thema: Frieden. Überall auf der Welt. Für jeden. Und unter allen Umständen.

Der Kirchentag ist so etwas wie das Zentrum des christlichen Pazifismus. 1983 kämpften die Teilnehmer gegen die Stationierung der Pershing-II, einer Feststoffrakete, die atomar bestückt werden kann. Noch sicherer als das Amen

am Ende der Bibelarbeit war das Nein des Kirchentags zu Atomwaffen. Diese Gewissheit gilt seit jenem 2. Mai nicht mehr, als dreitausend Besucher in die Messehalle 4 strömen, um einer Podiumsdiskussion zum Thema «Mit Waffen Frieden schaffen?» zu lauschen. Am Ende steht eine Resolution zur Abstimmung: Deutschland solle dem UN-Atomwaffen-Verbots-Vertrag beitreten. Eigentlich Formsache. Doch eine Mehrheit lehnt die Resolution ab. Knapp zwar, aber trotzdem: Mehr als jeder zweite Besucher ist nicht mehr gegen nukleare Abschreckung. Ein Epochenwechsel, der zeigt, wie sehr sich die Welt in den vergangenen Jahren gewandelt hat. Und die Kirche mit ihr.

Das «Ende der Geschichte»?

Dass der Kirchentag keine Mehrheit gegen Atomwaffen mehr findet, hätte auch Fabian Hoffmann nicht gedacht. Der Doktorand beschäftigt sich als Politologe an der Universität Oslo nicht nur mit internationalen Beziehungen, sondern auch mit Raketentechnologie und Atomwaffenpolitik. Früher waren die Zeiten auch nicht einfach, sagt Hoffmann im PRO-Interview, aber es habe jeweils eine gewisse «Weltordnung» gegeben. Aus dem Zweiten Weltkrieg etwa waren die USA als Grossmacht hervorgegangen. Im Gegensatz zu den anderen Siegermächten aus Europa waren sie wirtschaftlich stark, nicht zerstört und hatten ein grosses Potenzial in der Bevölkerung. Schnell kristallisierte sich die Sowjetunion als der Gegenspieler der Vereinigten Staaten heraus. Eine bipolare Weltordnung, in der das Kräfteverhältnis und die Einflussphären einigermaßen geklärt waren. Der Kalte Krieg war die Folge, der, daran erinnert Hoffmann, im globalen Süden immer wieder zu «heissen» Kriegen, zu Stellvertreterkriegen führte.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien alles auf Null gesetzt. Damals, Anfang der 1990er, machte sich ein neuer Optimismus breit. Wird Russland zum Freund des Westens? In einem viel beachteten Aufsatz prophezeite der Stanford-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 gar das «Ende der Geschichte». Damit meinte er, dass nach dem Sieg der liberalen Demokratie die Ideengeschichte an ihr Ende gekommen sei. Der aufgeklärte Westen hätte sich durchgesetzt, überall auf der Welt würden Staaten diesem Vorbild folgen. Frieden, Wohlstand und Demokratie allerorten wären die Folge. Weit gefehlt. Das Rad der Geschichte drehte sich weiter. Der Kommunismus spielte keine grosse Rolle mehr, dafür aber der Islamismus. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 folgten Kriege in Afghanistan und Irak, in die die USA unter anderem eben auch jene Werte – militärisch – exportieren wollten, von denen Fukuyama geschrieben hatte. Heute ist klar: Sie sind krachend gescheitert. Der Irak ist ein Pulverfass,

und statt einer demokratischen Regierung herrschen in Afghanistan die Taliban. Statt ihre Freiheit zu geniessen, dürfen afghanische Frauen nicht einmal mehr singen.

Die alte Weltordnung wankt

Während die kriegsmüden USA sich nach diesen Desastern vor allem um sich selbst kümmern, arbeiteten zwei Mächte unermüdlich daran, ihren Einfluss zu vergrössern: Präsident Wladimir Putin begann, seine Vision vom Wiederaufbau des russischen Reiches voranzutreiben. Zunächst subtil, dann immer offensiver. Und die neue Grossmacht China schaffte es erfolgreich, immer mehr Länder durch gnadenlose Wirtschaftspolitik an sich zu binden. Die BRICS-Allianz aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika formierte sich – und versuchte, einen Gegenpol zur westlichen Dominanz auf dem Globus zu formen. Doch erst als Russland die Ukraine im Februar 2022 mit einer gross angelegten Invasion überfiel, wachten westliche Politiker aus dem 30 Jahre währenden Dornröschenschlaf auf. Zumindest allmählich.

Es wird deutlich: Die alte Weltordnung wankt. Die geopolitischen Karten werden neu gemischt. Russland strebt nach alter Grösse, der Westen reagiert bisher nur zögerlich auf den Imperialismus aus Moskau. Politologe Fabian Hoffmann nennt das den «russischen Fiebertraum». «Wir im Westen haben unterschätzt, wie gekränkt sich die russische Gesellschaft und vor allem die Führungsriege gefühlt haben nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.» Russland sei ein «tief imperialistischer Staat», auch wenn er wirtschaftlich keine grosse Rolle spielt. Doch das habe der Westen lange nicht wahrhaben wollen. Die Einsicht, dass Putin es nicht um Völkerverständigung geht, sei viel zu spät gekommen. Schon 2014 annektierte Putin die Krim, seither kämpft Russland auch im Donbass gegen den souveränen Staat der Ukraine. «Man hätte Putin und Russland schon früher ganz klar eine Absage erteilen müssen», so Hoffmann.

Doch die kam erst, als es bereits zu spät war. Die einzig verbliebene Weltmacht, die USA, üben sich unter Präsident Donald Trump und seiner «America First»-Strategie derweil in Selbstverzwergung. Sie ziehen sich aus internationalen Abkommen heraus, stellen das NATO-Bündnis regelmässig in Frage. «Kohäsion», also das Sprechen mit einer Stimme, ist aber das, was das Verteidigungsbündnis zusammenhält.

Experten fürchten: Wenn Trump öffentlich daran zweifelt, einem angegriffenen NATO-Staat pflichtgemäss beizustehen, könnte Putin das als Einladung eines

Angriffs verstehen. Die Weltordnung, auf die man sich bisher verlassen konnte, ist ins Taumeln geraten. «Dies könnte der letzte Sommer des Friedens sein», warnt der Militärhistoriker Sönke Neitzel regelmässig. Die meisten Militärexperten rechnen mit russischen «Nadelstichen», etwa die Besetzung eines kleinen Teiles Finnlands, um den Zusammenhalt der NATO zu testen. Ob es wirklich so weit kommt, weiss nur Gott. Wenn die USA als Bündnispartner ausfallen, wird Europa militärisch auf eigenen Beinen stehen müssen. Das bedeutet: Rüstung, so viel wie möglich, so schnell wie möglich. «Wir stecken mitten in einem Wettrüsten», sagt Carlo Masala, Politikwissenschaftler an der Universität der Bundeswehr, in einem «Zeit»-Interview. «Wenn wir tatsächlich aufrüsten, wird Moskau ebenfalls aufrüsten, das ist klar. Ich sehe aber keine Alternative. Dieses Sicherheitsdilemma können wir entschärfen, indem wir uns defensiv zeigen. Sonst provozieren wir die russische Regierung und deren Angriffe.» Masala schreibt in einem Buch, es herrsche im Moment keine Weltordnung, sondern eine «Weltunordnung», weil sich gerade global Dinge verschieben, die kaum jemand für möglich gehalten hätte. Ausgang: offen.

Der Papst, das neue Weltgewissen?

Viel zu häufig in der Geschichte hat sich die Kirche auf die Seite des Aggressors gestellt, segnete Waffen und erteilte geistliche Absolution für politischen Egoismus. Aktuell ist es die russisch-orthodoxe Kirche, die sich von der Kreml-Kriegspropaganda instrumentalisieren lässt. Patriarch Kyrill ist [Putins engster Verbündeter](#), und Priester, die Kritik am Krieg äussern, [leben in Angst](#). Könnte der neue Papst die Wende bringen? So wie einst Karol Wojtyła als Papst Johannes Paul II., der die Demokratiebewegung in Polen unterstützte? «Papst Leo XIV. könnte eine sehr gediegene Rolle spielen, wenn er sich die Rolle des ‚Weltgewissens‘ vornimmt wie sein Vorgänger – aber nicht so sprunghaft, sondern ruhiger und direkter», sagt der evangelikale Theologe Thomas Schirrmacher, der zum verstorbenen Papst Franziskus eine Freundschaft pflegte. «Der Papst hat eine starke Stimme für Frieden und Menschenrechte», zumal er nicht nur Christen anspreche, sondern «alle Menschen guten Willens». Nur: Sind die Trumps, Putins und Xis dieser Welt «Menschen guten Willens»?

Der Westen wusste lange Zeit in den USA einen Verbündeten, der sich für Freiheit und Menschenrechte einsetzte – auch durch Entwicklungshilfe in anderen Ländern. Im globalen Süden sieht man die USA und Europa deutlich kritischer. «Die USA haben auf dem ganzen amerikanischen Kontinent seit eh und je politisch interveniert und vor allem unter dem Deckmantel der Freiheit knallhart eigene politische und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt», fasst der

mennonitische Theologe Rainer Siemens aus Asuncion, Paraguay, die Erfahrungen zusammen, die viele seiner Landsleute machen. Auch die Europäische Union spiele nicht immer eine rühmliche Rolle. Sie wolle keine landwirtschaftlichen Produkte mehr von Flächen importieren, die nach 2020 abgeholzt wurden. «Das klingt natürlich alles ökologisch, das Problem ist aber, dass es unsere nationale Gesetzgebung nun mal erlaubt, bis zu 60 Prozent eines Naturwaldes abzuholzen, um Acker- und Weideflächen zu gewinnen. Die EU unterläuft damit nationale Gesetzgebung.»

Hinzu kämen Vorgaben zur Einhaltung von Menschenrechten. «Das sind aber längst nicht mehr nur die, die 1949 in der UN-Charta festgelegt wurden, sondern auch die neuen Menschenrechte im Bereich LGBTQ. Die laufen den konservativ geprägten Gesellschaften in Lateinamerika und Afrika zuwider.» Brasiliens Präsident Lula da Silva habe daher von einem «grünen Neokolonialismus» aus Brüssel gesprochen. Die Folge: Länder wie Paraguay wenden sich anderen Partnern zu: Russland, Indonesien, Ägypten, China, Indien, afrikanische Länder. Deren Einfluss wächst kontinuierlich. «Die Menschen hier sagen: Wir wollen uns nicht mehr von der EU vorschreiben lassen, wie wir mit Gender- und Queer-Rechten umgehen sollen oder was eine vernünftige Ökopolitik ist.» Auch im Krieg gegen die Ukraine sähen viele Lateinamerikaner vor allem: Eine Grossmacht – Russland – versucht, ihre Interessen durchzusetzen. «So, wie es die USA auf unserem Kontinent ebenfalls über Jahrzehnte getan haben. Wo ist da der moralische Unterschied?»

Auswirkungen der Entwicklungshilfe-Kürzungen

Dazu kommt, dass die USA im Zuge rigoroser Haushaltskürzungen auch die Entwicklungshilfe streicht. «Der reichste Mann der Welt ist in den Tod der ärmsten Kinder der Welt involviert.» Es sind harte Worte, die «Microsoft»-Mitgründer Bill Gates jüngst in der «New York Times» in Richtung des Tech-Milliardärs Elon Musk fand. Unbegründet sind sie nicht. Denn bereits kurz nachdem Trump sein Amt antrat und Musk als finanziellen Effizienzbeauftragten einsetzte, schickte die Regierung die bedeutendste US-Entwicklungshilfe-Organisation USAID von einem Tag auf den anderen in den Ruhestand. Jegliche Gelder für Entwicklungshilfe wurden für drei Monate eingefroren, Ausnahmen gab es lediglich im Bereich der humanitären Hilfe.

Zuletzt hatte USAID mit einem Jahresbudget von rund 42 Milliarden Euro in rund 100 Ländern gearbeitet. Quasi über Nacht wurden 80 Prozent aller USAID-Programme beendet. Das Budget für internationale Programme soll um 84

Prozent auf im härtesten Fall nur noch 9,6 Milliarden US-Dollar gekürzt werden, wenn der Kongress Trumps Plänen zustimmt. Besonders betroffen davon wären die Ukraine und verschiedene afrikanische Länder. Und schon jetzt fehlen mit dem Einfrieren der USAID-Arbeit 42 Prozent der gesamten Welthilfe. Denn die USA waren bis dato, zumindest an den reinen Zahlen gemessen, das grösste Geberland der Erde. Experten schätzten im Februar, dass Hilfsprojekte gegen Hunger, Armut und Krankheiten in rund 120 Ländern in Gefahr seien. Bernd Bornhorst, Geschäftsführer des katholischen Hilfswerks Misereor, sagte der Katholischen Nachrichtenagentur: «Ein Stopp der US-amerikanischen Hilfe wird Menschenleben kosten.» Die damalige Entwicklungsministerin Svenja Schulze erklärte im März im SPD-Magazin «Vorwärts»: «Die USA haben zuletzt 20 Prozent des gesamten UN-Haushalts finanziert. Ihr Rückzug wird Folgen haben, die menschlich schwer zu ertragen sind.»

Impfprogramme eingestellt

Was das ganz konkret bedeutet, weiss Uwe Heimowski. Er ist Geschäftsführer der christlichen Hilfsorganisation «Tearfund», die unter anderem in afrikanischen Ländern tätig ist. Kurz nachdem USAID seine Arbeit einstellen musste, besuchte Heimowski, der auch im Vorstand der Christlichen Medieninitiative pro sitzt, den Südsudan. Der Staat gehört zu den ärmsten und fragilsten der Welt, zudem war dort gerade Typhus ausgebrochen. Eine mit «Tearfund» befreundete Organisation hatte ein Impfprogramm gestartet, dann setzte Musk die Schere an. «Von einem Tag auf den anderen waren die Gelder weg und die Mitarbeiter konnten nicht mehr arbeiten», sagt Heimowski. «Neben der finanziellen Not gab es auch die Frage: Was machen wir jetzt?» Denn von den am Projekt beteiligten Mitarbeitern von USAID war plötzlich niemand mehr erreichbar. «Kinder sterben dort nun auf brutalste Art an Typhus oder Polio», ist er sich sicher. Menschenleben, die hätten gerettet werden können.

Es ist nur eines von unzähligen Beispielen, die deutlich machen, was die neue internationale Politik der USA bewirkt. «USAID war an vielen Stellen der Katalysator für grosse Projekte der UN oder des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit», erklärt Heimowski. Die US-Organisation stellte die Grundfinanzierung, andere sprangen mit auf. Nun könnten viele NGOs den Eigenanteil gar nicht mehr aufbringen. Heimowski beobachtet aber auch eine positive Entwicklung: Viele christliche Werke hätten grosse Spenden bekommen, weil sie schon im Vorfeld der US-Wahlen für diesen Fall sammelten. Weil sie es kommen sahen. Dennoch: «Niemand weiss genau, wohin sich das ganze nun entwickelt.» Er hält Trumps Vorgehen für strategisch: Man wolle schauen, welche

Hilfsorganisationen auch ohne staatliche Hilfe überleben könnten.

Doch sind die Kürzungen eigentlich überhaupt rechtens? Zuletzt erklärte ein US-Gericht: Nein. Bestehende Verträge müssten eingehalten werden. Laut Heimowski birgt das aber wenig Hoffnung für NGOs, die mit USAID zusammenarbeiten oder auf US-Gelder angewiesen sind. «Sie sagen: Wir können nicht klagen, denn in fünf Jahren, wenn wir vor Gericht eventuell recht bekommen haben, gibt es uns vielleicht schon nicht mehr. Die Gelder werden jetzt gebraucht.» Und: Wer gegen Trump klagt, könne ziemlich sicher sein, im nächsten Haushalt erstrecht nicht mehr gefördert zu werden. «Das sind unfassbare Machtstrukturen», sagt Heimowski und vergleicht sie mit totalitären Systemen.

Die kommenden Jahre werden darüber entscheiden, ob die Welt wieder zu einer echten Ordnung findet. Und ob diese Ordnung Zusammenarbeit, Wohlstand und Frieden mit sich bringt. Oder ob wieder – wie viel zu oft in der Geschichte – das Recht des Stärkeren gilt. Das wahre Ende der Geschichte, daran glauben Christen, läutet Jesus Christus selbst ein. Bis dahin geht das Tauziehen um die Macht auf Erden weiter.

Dieser Artikel erschien bei [Pro Medienmagazin](#).

Zum Thema:

[*Change! – Thesen für die Kirche: Einheit im Glauben ist möglich – und wird die Welt verändern!*](#)

[*Kirche im Chaos: Und wenn Jesus schläft?*](#)

Datum: 28.06.2025

Autor: Anna Lutz und Nicolai Franz

Quelle: Pro Medienmagazin

Tags

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Umwelt](#)

[Politik](#)

[Amerika](#)